



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/VIII/181 - 6.8.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039590

Ehlers Mahnung blieb unbeachtet	S. 1
Das gefährdete Europakonzept der USA	S. 3
Zum Adenauer-Interview	S. 4

Fairness - in CDU-Fassung

J.F.W. Herr Dr. Hermann Ehlers fand noch vor wenigen Tagen aufrichtig klingende Worte, mit denen er für einen fairen Wahlkampf eintrat. Dr. Ehlers ist ein wichtiges Mitglied der CDU, man durfte daher hoffen, daß sein Appell zuerst und vor allen in den Reihen seiner eigenen Partei Gehör finden würde. Doch davon ist leider wenig zu merken. Fairness schließt Unaufrichtigkeit aus, gerade sie aber ist die Grundlage eines Angriffs, der jetzt gegen den NWDR gestartet wurde, um ihn der politischen Einseitigkeit im Wahlkampf zu verdächtigen.

Dieser Sender berichtete über die Tagung der Sozialen Arbeitsgemeinschaften der SPD in Essen; eine Tatsache, die die "Kölnische Rundschau" veranlaßt, sich in mehrspaltigen Angriffen gegen den NWDR und in Verdächtigungen gegen die berufliche Loyalität seiner Mitarbeiter zu ergehen. Um diese Vorwürfe überzeugend zu machen, verlangt man, daß der Regierung die gleiche Sendezeit zur Verfügung gestellt werde, die der NWDR auf die Essener Tagung der SPD verwandte. Bewußt wird hierbei verschwiegen, daß dieser selbstverständliche Ausgleich längst erfolgt ist.

Die Berichterstattung von den Veranstaltungen der verschiedenen Parteien in den vergangenen Monaten der Wahlvorbereitung erfolgte nämlich aufgrund eines Schlüssels, der von den Parteien zusammen mit dem NWDR festgelegt wurde. Diese Vereinbarung wurde geschlossen, um den Kampf der Meinungen im Rundfunk, bei

aller Klarheit der Auseinandersetzung, doch gerade von den Methoden frei zu halten, in denen sich jetzt die "Kölnische Rundschau" gefällt. Das Abkommen sah eine Gleichstellung von SPD und CDU im Umfang der Sendungen vor. Es wurde zu einem Zeitpunkt getroffen, in dem die Termine aller Veranstaltungen, von denen berichtet werden sollte, einschließlich der Essener Tagung, zu überschauen waren. Das alles weiß man bei der CDU sehr gut. Das alles verschweigt die "Rundschau" ihren Lesern. Sie läßt sie auch darüber im Unklaren, daß tatsächlich die vom NWDR der SPD gewidmeten Sendungen nicht den Umfang der CDU-Sendungen erreichten. Eine Art des politischen Angriffs wurde hier gewählt, die schlecht zu Dr. Ehlers Mahnung paßt.

Aber warum sollte sich ein CDU-Blatt Hemmungen der Fairness auferlegen, da ihm doch der Parteivorsitzende selbst mit schlechtem Beispiel vorangeht. Der 10. August ist als Beginn der Wahlsendungen im Rundfunk festgelegt. Das Datum wurde von allen Parteien, die CDU eingeschlossen, mit dem Sender vereinbart. Dr. Adenauer jedoch mißbrauchte seinen gestrigen Termin in der Reihe der politischen Gespräche, in denen er abwechselnd mit dem Vorsitzenden der SPD seit mehr als einem Jahr zu Worte kommt, zur Wahldeinagogie. Es verlohnt sich hier nicht, auf seine Unterstellungen einzugehen. Allein die Tatsache, daß er sich über Abmachungen hinwegsetzt, um zu versuchen, durch solchen Trick einen propagandistischen Vorsprung zu erzielen, sollte festgehalten werden.

Diese Methoden kennzeichnen den, der sie verwendet. Der Anschauungsunterricht über die Auffassung, die bei der CDU über Fairness im Wahlkampf herrscht, ist belehrend genug. Vielleicht war es auch für Dr. Ehlers, es wäre interessant, zu erfahren, was er zu dieser Lektion sagt.

+ + +

Mit den Augen eines Amerikaners

Die "New-York Herald Tribune" gehört zu den großen amerikanischen Zeitungen, die die Außenpolitik Eisenhowers unterstützen. Umso bemerkenswerter sind die kritischen Äußerungen des bekannten Journalisten Stewart Alsop, zu denen er offenbar durch einen kürzlichen Aufenthalt in Bonn gekommen ist:

Die großen Ziele der amerikanischen Politik in Europa scheinen mehr und mehr unerfüllbar zu sein. Um wirklich anzunehmen, daß diese Ziele erreicht werden sollen, müßte man sich schon zu einer ganzen Reihe von reinen Glaubensartikeln bekennen.

Man müßte zunächst daran glauben, der westdeutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer sei praktisch unsterblich. Die amerikanischen Regierungsstellen hier erwarten nämlich, die Koalition Adenauers werde nach den Septemberwahlen eine schmale Majorität behalten. Sie haben zweifelsohne recht, obwohl es nicht eben Vertrauen einflößt zu wissen, daß amerikanische Regierungsstellen auch glaubten, der italienische Ministerpräsident Alcide de Gasperi werde seine Majorität behalten. Alle sind sich jedoch darin einig, daß, wenn jemals der weise und mächtige Adenauer von der Bühne abtreten sollte, seine Koalition auseinanderplatzen wird.

Die amerikanische Politik der Integration Deutschlands in Westeuropa würde damit ebenfalls platzen. Die amerikanische Europa-Politik hängt also ganz offensichtlich von der Langlebigkeit und der aktiven Führung eines Mannes ab, der fast achtzig Jahre alt ist. Diese totale Abhängigkeit von einem einzelnen Mann ist nur ein Symptom für die allgemeine Brüchigkeit der amerikanischen Europa-Politik.

Die amerikanische Politik in Europa hängt auch völlig davon ab, daß der EVG-Vertrag, der Plan einer Europa-Armee, von den europäischen Parlamenten gebilligt wird. Washington hat Bonn befohlen, die schreckliche Möglichkeit, daß der EVG-Vertrag nicht ratifiziert werden könnte, weder zu diskutieren, noch auch nur daran zu denken. Alle amerikanischen Beamten hier, angefangen vom Hochkommissar James B. Conant bis hinter zum letzten Beamten, erfüllen männlich dieses Zwangs-Glaubensbekenntnis.

Das Resultat ist, daß die amerikanischen Beamten sich benehmen, wie jene drei Affen, die nichts Böses sehen, nichts Böses hören und

nichts Böses sprechen. Es gibt aber sehr viel Böses zu sehen, zu hören und zu berichten, denn unabhängige Beobachter Europas sind fast einhellig der Überzeugung, daß der EVG-Vertrag mindestens im Sterben liegt und sehr wahrscheinlich bereits tot ist. Aber die amerikanischen Regierungsstellen wiederholen, wie eine mittelalterliche Beschwärungsformel immer wieder nur den Satz "der EVG-Vertrag wird durchkommen".

Ein dritter Glaubensartikel, dem man sich unterwerfen muß, ist, daß, wenn der EVG-Vertrag angenommen wird, man diesen Papier-Vertrag in eine wirkliche Verteidigung Westeuropas umwandeln wird, der es gelingen kann, der Roten Armee standzuhalten. Und das trotz der Tatsache daß die Militärhaushalte rechts und links beschnitten werden und der weiteren Tatsache, daß der EVG-Vertrag - wenn überhaupt - nur gegen den erbitterten Widerstand großer Teile der öffentlichen Meinung in allen Teilnehmerstaaten ratifiziert werden kann.

x

Nichte ist also leichter als kurz aufzuzeigen, wie hohl und unwirklich die ganze Struktur der amerikanischen Politik in Europa geworden ist. Ich gebe zu, daß es weitaus schwieriger ist, zu sagen, was man nun tun soll. Das jedenfalls scheint zuzutreffen: Die amerikanische Politik baut auf der Annahme auf, daß die Spaltung Europas in zwei Teile, wobei die Rote Armee im Herzen Europas steht, ein Dauerzustand bleibt. Das ist für alle Europäer eine entsetzliche Aussicht, wenn man sie nicht davon überzeugen kann, daß es wirklich keine Alternative gibt.

Seit dem Herbst 1950, als ausgerechnet Dean Acheson die Politik eingeleitet hat, die von der neuen Regierung mit so außergewöhnlicher Zähigkeit verfolgt wird, hat sich vieles geändert. Der wachsende Widerstand gegen den EVG-Vertrag in Westeuropa ist aus zwei Ursachen heraus entstanden. Die eine ist die vielleicht verstandesmäßig zu begründende Vermutung, daß eine wirkliche Verteidigung Westeuropas sich solange nicht durchführen läßt, als die Rote Armee an der Elbe steht. Die zweite Ursache ist zweifelsohne das irrationale Auftauchen von Wunschträumen über die Absichten der Sowjets.

+ + +

Fruchtlose Kontroverse

(sp) Am Mittwoch Abend versicherte der Bundeskanzler den Hörern des NWDR, daß er "wirklich bis jetzt nicht begriffen habe", worin das außenpolitische Programm der SPD bestehe. Freilich hat auch niemand er wartet daß er sagen würde: "Ach so - jetzt hab' ich es begriffen". (Am 1. Juli 1953 hatte der Bundestag die namentliche Abstimmung über einen SPD-Antrag zu entscheiden, der die Forderung nach einer sofortigen Einberufung einer Viermächte-Konferenz zum Inhalt hatte. Mit der großen Mehrheit der Koalition stimmte auch Dr. Adenauer gegen diesen Antrag. Wie soll er ein Programm begreifen, in dem diese Forderung Punkt 1 ist

Als jene vier CEU-Fragen gestellt wurden, hieß es, man werde sie

immer und immer wiederholen. Aber die Antwort kam prompt. Die Gegenseite mußte sich immerhin zu dem Geständnis bequemen, "eine halbe Antwort sei erfolgt. Auch hier war mehr nicht zu erwarten. Er halte nichts von großen Worten, hat Dr. Adenauer Herrin Friedländer am Mikrophon erklärt wie sie die Präambeln der Westverträge füllen, möchte man hinzufügen. Gleichzeitig sprach er von "Schicksalsfragen des deutschen Volkes".

Da gibt es wirklich schon einige. Etwa: Wie anders als über Ultimaten mit Kriegsdrohung und Kriegsrisiko glaubt der Kanzler mit den Westverträgen und seiner Politik der Stärke zur deutschen Einheit kommen zu können? Oder: Wie rechtfertigt er ein militärisches Bündnis, nach dem deutsche Soldaten zu kämpfen und zu sterben bereit sein sollen, ohne daß die Bundesrepublik in dem über die EWG verfügenden Oberkommando des Atlantik-Paktes ein selbständiges Mitbestimmungsrecht hat und ohne daß der Schutz deutschen Gebietes ausreichend gesichert ist? Oder schließlich: Wie rechtfertigt der Bundeskanzler es für 70 Millionen Deutsche, daß er mit seiner Unterschrift unter den General-Vertrag die Bundesrepublik für 50 Jahre verpflichten will, keine eigene Politik in der Frage der deutschen Einheit zu führen?

+ + +

Vor 90 Jahren

In Baden-Baden findet zur Zeit eine Konferenz der Außenminister einer klein-europäischen Vereinigung statt, die in Vorbereitung ist. Die Stadt hat aus diesem Anlaß eine Frachtausgabe ihrer "Zeitschrift für Kultur und Sport, Gesellschaft und Mode, Reisen und Bäder" herausgegeben. Diesmal hat aber die Politik das große Wort. Ganzseitige Aufnahmen der beteiligten Minister schmücken mit bedeutungsvollen Grußworten die ersten Seiten - de Gasperi konnte nicht mehr rechtzeitig ausgewechselt werden. Den Bundeskanzler sieht man eine Rose pflücken und, auf einem anderen Bild, vergnügt einem Jungen die Wange kneifen.

In einem Aufsatz "Stätten internationaler Gastlichkeit" ist auch vom Hotel Atlantik die Rede. In einem nachdenklichen Satz heißt es: "Und hier fand 1863 die denkwürdige Zusammenkunft der drei Kaiser von Rußland, Österreich und Frankreich statt, die sich besorgt über die Gefahren berieten, die sie aus einer Einigung Deutschlands befürchteten".

90 Jahre sind verfloßen. Die Kaiser sind aus Europa verschwunden. Unter den diesmal Anwesenden ist von den damals vertretenen Nationen ein Franzose übrig geblieben. Es geht um die Einigung Europas unter einer Sicht, für die die leicht vergilbte freundliche Stadt an der Oos kein schlecht gewählter Ort ist. Die Einheit Deutschlands, inzwischen verwirklicht, ist wieder zerstört. Über sie soll demnächst beraten werden. Hoffen wir nur, daß niemand der Beteiligten dann im Grunde seiner Seele oben doch von jener Sorge über die Gefahren einer Einigung Deutschlands erfüllt ist, die damals die hohen Herren in Baden-Baden bewegte. Ganz sicher ist uns das nicht.

-11

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau